

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

3. Juni 1955

Die Massnahmen gegen Papierpreiserhöhungen281/A.B.zu 284/J und 299/J Anfragebeantwortung

In Beantwortung einer Anfrage der Abg. P r o b s t und Genossen, betreffend Massnahmen gegen die Papierpreiserhöhung, hat Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. I l l i g folgendes mitgeteilt:

Die von mir im Februar 1.J. der Papierindustrie angedrohte Inkraftsetzung der von der Regierung angekündigten Massnahmen richtete sich gegen das ursprünglich geplante Ausmass dieser Preiserhöhung, nämlich 26 Prozent bei Rotopapier und rund 10 Prozent bei allen übrigen Papiersorten. Es war zu befürchten, dass eine Papierpreiserhöhung in diesem Ausmass eine Preisbewegung auch in den nachgelagerten Verarbeitungsstufen der papierverarbeitenden Industrie sowie des graphischen Gewerbes zur Folge haben und insbesondere auch eine Erhöhung der Zeitungspreise nach sich ziehen würde. Im Zuge der nachfolgenden Verhandlungen der Bundesregierung, insbesondere des Herrn Bundeskanzlers, mit den Vertretern der Papierindustrie nahmen diese von der geplanten Preiserhöhung Abstand und begnügten sich mit einer Erhöhung nur des Rotopapiers um 30 S pro 100 kg, das sind rund 9 Prozent. Diese Erhöhung um 30 S wirkt sich in der Kalkulation des Zeitungspreises - wenn man der Rechnung eine achtseitige Tageszeitung im Gewichte von durchschnittlich 30 Gramm zugrundelegt - mit kaum einem Groschen aus. Bei den Verhandlungen beim Herrn Bundeskanzler gab der Vertreter des Verbandes Österreichischer Zeitungsherausgeber die Erklärung ab, dass sie diese Erhöhung nicht auf die Abnehmer überwälzen werden, sondern die hieraus entstehenden Mehrkosten aus eigenem tragen würden, ohne die Zeitungspreise zu erhöhen. Da somit diese Rotopapierpreiserhöhung eine Erhöhung der Zeitungspreise und damit eine Gefährdung der Stabilisierungspolitik der Bundesregierung nicht zur Folge hatte, bestand vorerst keine Veranlassung, die der Papierindustrie ange drohten Massnahmen in Wirksamkeit zu setzen.

Bei den oberwähnten Verhandlungen gaben die Vertreter der Papierindustrie bekannt, dass bei stabilen Holzpreisen keine weiteren Preiserhöhungen geplant seien. Im Hinblick auf die seither doch eingetretene Preiserhöhung bei einigen Papiersorten hat sich die Bundesregierung veranlasst gesehen, verschiedene weitere Erzeugnisse der Papierindustrie zu liberalisieren und ebenso den Bundesminister für Finanzen einzuladen, verschiedene Einfuhrzölle für Papier zu stunden.

Damit sind die angekündigten Massnahmen, soweit meine Zuständigkeit gegeben ist, durchgeführt.